

## A-02 Leitlinien Grüner Nahostpolitik

Gremium: BAG Frieden & Internationales  
Beschlussdatum: 12.10.2025  
Tagesordnungspunkt: A Außenpolitik: Ukraine und Naher Osten

### Antragstext

1 Präambel – Werte und Verantwortung:

2 In Bekenntnis zu den universellen Menschenrechten, zur grundsätzlichen  
3 Herrschaft des Rechts und dem allgemeinen und humanitären Völkerrecht im  
4 Besonderen, darunter auch dem Selbstbestimmungsrecht aller Völker;  
5 Die universellen Menschenrechte sind unverhandelbar und unteilbar, und gelten  
6 für alle Menschen, unabhängig von Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Geschlecht,  
7 Identität, sexueller Orientierung, Religion und Weltanschauung. Sie zu schützen  
8 und wirksam durchzusetzen, ist Kern unserer grünen Überzeugung.  
9 Mit dem Völkerrecht und seinen Institutionen stehen wir ein für eine  
10 internationale Ordnung, die sich an universellen Menschenrechten, demokratischen  
11 Prinzipien und rechtsstaatlichen Verfahren orientiert.

12 Feststellend, dass jeder Staat und die internationale Gemeinschaft verpflichtet  
13 sind zum Schutz der Bevölkerungen vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen  
14 Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne einer  
15 Schutzverantwortung.

16 In Anbetracht der historischen Schuld und Verantwortung Deutschlands für den  
17 Holocaust und der daraus erwachsenden Verpflichtung, das Existenzrecht und die  
18 Sicherheit des Staates Israel als Heimstätte von Jüd\*innen aus aller Welt zu  
19 schützen, ebenso wie jeder Form von Antisemitismus und Judenhass entschlossen  
20 entgegenzutreten;

21 Im Bewusstsein, dass diese historische Verantwortung auch eine Verpflichtung  
22 gegenüber den universellen Menschenrechten umfasst, deren Missachtung im  
23 Holocaust gipfelte;

24 Geleitet von dem Grundsatz der menschlichen Sicherheit, der die Sicherheit des  
25 Individuums – seine Freiheit von existenzieller Furcht und die Freiheit von Not  
26 – in den Mittelpunkt stellt und anerkennt, dass die Sicherheit von Israel\*innen  
27 und Palästinenser\*innen untrennbar miteinander verbunden und damit gegenseitige  
28 Voraussetzung für eine nachhaltige Friedenslösung sind;

29 Bekräftigend die Grundwerte von Bündnis 90/Die Grünen: Frieden, Menschenrechte,  
30 demokratische Selbstbestimmung, Gewaltfreiheit, Völkerrecht, Rechtsstaatlichkeit  
31 und der Sicherung der Lebensgrundlagen als Leitlinien unserer feministischen  
32 Außen- und Sicherheitspolitik;

33 Tief erschüttert über die brutalen Terroranschläge der Hamas vom 7. Oktober  
34 2023, die dabei verübten Massaker an israelischen Zivilist\*innen und das  
35 Festhalten und Ermorden von Geiseln;

36 Entschieden verurteilend das Vorgehen der israelischen Regierung im  
37 Gazastreifen, das zu unzähligen Opfern geführt hat, die große Mehrheit von ihnen  
38 Zivilist\*innen – darunter in unverhältnismäßig hohem Maße Frauen, Kinder und  
39 besonders vulnerable Gruppen – sowie bewusste Angriffe auf humanitäre  
40 Helfer\*innen und Journalist\*innen, wiederholte Vertreibungen, die Zerstörung  
41 ziviler Infrastruktur, die Blockade humanitärer Hilfe – mithin des Aushungerns,  
42 die eine humanitäre Katastrophe ausgelöst hat;

43 Erneuernd unsere Verurteilung der anhaltenden Bedrohung des Staates Israel sowie  
44 die Angriffe und den Terror gegen seine Bevölkerung;

45 Verurteilend die Taten aller Akteur\*innen, die einer friedlichen Lösung  
46 entgegenstehen – insbesondere den Terrorismus der Hamas und anderer  
47 Gruppierungen, die Israels Existenzrecht gewaltsam negieren, ebenso die  
48 völkerrechtswidrigen Handlungen und Kriegsverbrechen der israelischen Regierung,  
49 die zu unermesslichem Leid der Zivilbevölkerung geführt haben;

50 Verurteilend, dass der anhaltende völkerrechtswidrige Siedlungsbau und Landraub  
51 in den besetzten Gebieten, die geduldete und teilweise unterstützte Gewalt von  
52 Siedler\*innen, die politische Unterdrückung moderater Kräfte auf  
53 palästinensischer Seite und die Abwesenheit von Verhandlungen den Konflikt  
54 weiter verschärfen, die Grundlage der Zwei-Staaten-Lösung und jede andere  
55 Friedenslösung akut gefährden, sowie dadurch Rechtsstaatlichkeit und Demokratie  
56 systematisch zerstören;

57 Überzeugt, dass nur eine auf Gerechtigkeit, Kompromiss und gegenseitigem Respekt  
58 basierende Friedensvereinbarung – insbesondere die Umsetzung der Vision von zwei  
59 Staaten, Israel und Palästina, die Seite an Seite in anerkannten Grenzen leben –  
60 den Menschen beider Seiten auf Dauer Sicherheit, Freiheit, Gleichberechtigung  
61 und Würde garantieren kann;

62 In der Überzeugung, dass eine nachhaltige Friedens- und Sicherheitsarchitektur  
63 für die gesamte Region nur durch die Einbindung aller friedensrelevanten  
64 Akteur\*innen in einen multilateralen Prozess erreicht werden kann;

65 Feststellend, dass die internationale Gemeinschaft – inklusive der Europäischen  
66 Union und Deutschlands – Verantwortung trägt, neue konstruktive Wege aus der  
67 festgefahrenen Situation zu finden, anstatt tatenlos zuzusehen, wie der Konflikt  
68 periodisch aufflammt und unsägliches Leid bringt;

69 Entschlossen, die Grundsätze einer wertorientierten, feministischen und  
70 vorausschauenden Außenpolitik in Bezug auf die Region Nahost konsequent  
71 anzuwenden, um zu Deeskalation, Konfliktlösung und Aufbau von Vertrauen  
72 beizutragen;

73 Warnend, dass massive Desinformation die Konflikte im Nahen Osten mitprägt;

74 Über den israelisch-palästinensischen Konflikt hinaus Schritte zu einer  
75 umfassenderen Friedensordnung im Nahen und Mittleren Osten unter anderem durch  
76 regionale Dialogformate unterstützend – etwa im Rahmen eines Helsinki-Prozesses  
77 für den Mittleren Osten, in dem Sicherheitsgarantien, Rüstungsbegrenzung,  
78 wirtschaftliche Kooperation, Klima- und Umweltkooperation und präventive  
79 Sicherheitspolitik verhandelt werden könnten – dies verbunden mit dem Ziel der  
80 Schaffung einer Region ohne Massenvernichtungswaffen;

81 beschließt die Bundesdelegiertenkonferenz folgende Leitlinien für die Grüne  
82 Nahostpolitik:

83 Verhältnis zu Israel und Verhältnis zu Palästina

84 Die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel ist nach der Shoah keine  
85 Selbstverständlichkeit - sie ist ein Geschenk, das maßgeblich auch getragen ist  
86 von den tiefen gesellschaftlichen Banden. In Deutschland leben außerdem  
87 zahlreiche Menschen mit familiären, freundschaftlichen und emotionalen  
88 Verbindungen in die palästinensischen Gebiete und die gesamte Region. Ihre Sorge  
89 um die Menschen in Gaza und der ganzen Region, ihre Trauer um die zivilen Opfer  
90 gehören zu unserem Land und teilen wir.

91 Bündnis 90/Die Grünen treten für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung ein. Nur  
92 diese bietet die Grundlage, das Recht auf Selbstbestimmung beider Völker zu  
93 erfüllen – den Fortbestand Israels als demokratischen Staat und sichere  
94 Heimstätte für Jüd\*innen aus aller Welt und die Schaffung eines souveränen,  
95 demokratischen Staates Palästina. Deutschland soll sich mit Nachdruck gegenüber  
96 allen Beteiligten dafür einsetzen, dass diese Perspektive offengehalten und  
97 aktiv angestrebt wird. Ein einseitiger Bruch jedweder Seite mit der Zwei-  
98 Staaten-Prämisse wird abgelehnt, ebenso das strategische Untergraben einer  
99 politischen Lösung durch die israelische Regierung durch Siedlungen, die  
100 Behinderung palästinensischer Politiker\*innen oder die bewusste Stärkung  
101 radikaler Kräfte wie der Hamas.

102 Die besondere historische Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels  
103 bleibt unverrückbarer Grundsatz grüner Politik. Das Existenzrecht Israels ist  
104 bedingungslos und nicht verhandelbar. Die Grünen stehen ein für Israels Recht  
105 auf Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta unter Berücksichtigung der  
106 jeweils anwendbaren Normen des humanitären Völkerrechts. Wir benennen aber, wenn  
107 militärisches Vorgehen diesen Rahmen verlässt, wie es in Gaza passiert.

108 Zugleich verstehen wir Sicherheit immer umfassend und im Sinne der menschlichen  
109 Sicherheit. Wir wirken politisch darauf hin, dass Sicherheit nicht nur  
110 militärische Abwehr von Bedrohungen und damit auch die Befähigung zur Abwehr von  
111 Bedrohungen umfasst, sondern auch friedliche Koexistenz und Einhaltung von  
112 Menschenrechten, Völkerrecht und rechtsstaatlichen Prinzipien in der Region.  
113 Menschliche Sicherheit bedeutet in allererster Linie ein Verständnis von  
114 Sicherheit, das von jedem einzelnen Menschen ausgeht. Deswegen muss Sicherheit  
115 für alle Menschen in der Region, für Israelis und Palästinenser\*innen, kommen.

116 Zugleich besteht für Deutschland auch die historisch begründete politische  
117 Verantwortung, für das Völkerrecht einzutreten, sowie auf die Vermeidung von  
118 Krieg und Gewalt, Völkermord und Menschenrechtsverletzungen hinzuwirken und für  
119 bedrohte Minderheiten sowie für die Opfer von Unterdrückung und Verfolgung  
120 einzutreten. Das ist auch eine Lehre aus der unermesslichen Zerstörung, dem  
121 unermesslichen Leid, das Diktatur und Weltkrieg über die Staatengemeinschaft  
122 gebracht hatten.

123 Diese Pflichten bestehen nicht alternativ zueinander und sind kein Widerspruch,  
124 sie bedingen sich gegenseitig, gelten gleichzeitig und umfassen neben der  
125 historischen und moralischen, auch die rechtliche Verantwortung Deutschlands für  
126 die Einhaltung des (humanitären) Völkerrechts und der Menschenrechte.  
127 Deutschland muss sich – auch und gerade aufgrund seiner Verantwortung gegenüber

128 dem israelischen Staat und seiner Bürger\*innen – zu den aus dem Völkerrecht  
129 ergebenden Verpflichtungen bekennen und alle nötigen Maßnahmen treffen,  
130 beispielsweise die Anordnungen des IGH zur Lage in Gaza umsetzen.

131 Für uns Grüne heißt das: an der Seite Israels stehen, wenn es bedroht wird, und  
132 auf Frieden und die Einhaltung des allgemeinen und humanitären Völkerrechts  
133 hinzuwirken, weil dauerhaft Sicherheit nur durch politische Lösungen zu  
134 erreichen ist. Solidarität mit Israel heißt auch, die demokratische  
135 Zivilgesellschaft und politische Opposition verstärkt zu unterstützen, wenn die  
136 Regierung demokratische Strukturen infrage stellt und beschädigt. Unabhängig von  
137 wechselnden Regierungen und dem aktuell schwer belasteten deutsch-israelischen  
138 Verhältnis bleibt Deutschlands Schutzgarantie für das Land und die Menschen  
139 erhalten.

140 Auch wenn Deutschland nicht die gleiche, historisch bedingte, Partnerschaft mit  
141 Palästina verbindet, so verpflichtet uns jedoch unsere Geschichte auch zum  
142 absoluten Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts,  
143 unter anderem das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Diese Rechte gilt es immer  
144 zu verteidigen, insbesondere aber angesichts der Kriegsverbrechen der  
145 israelischen Regierung im Gazastreifen und dem Leiden der palästinensischen  
146 Bevölkerung.

147 Auch gegenüber der palästinensischen Führung muss klargestellt werden, dass nur  
148 Gewaltverzicht, Achtung der Menschenrechte und eigene demokratische Strukturen  
149 den Weg zu Eigenstaatlichkeit ebnen. Wir unterstützen legitime, demokratische  
150 Regierungsstrukturen in Palästina und die dringend notwendige Reform dieser  
151 Strukturen. Dass terroristische Vereinigungen wie die Hamas in einer möglichen  
152 Nachkriegsordnung und in den palästinensischen Regierungsstrukturen keine Rolle  
153 spielen dürfen, ist selbstverständlich.

154 Angesichts einer sich ändernden Weltordnung und zahlreichen Partnern, deren  
155 Regierungen von Rechtsextremismus geprägt sind, fordern wir eine Strategie zum  
156 Umgang mit Autokratien und sich autokratisierenden Staaten, insbesondere  
157 eigentlichen Partnern, zu entwickeln.

158 Handhabung akuter Konfliktphasen

159 Wir erkennen, dass die bisherige Politik der Appelle und der stillen Diplomatie  
160 im Verhältnis zur israelischen Regierung weitgehend gescheitert ist. Daraus  
161 ergibt sich die Notwendigkeit einer aktiveren Außenpolitik, die, vorzugsweise im  
162 EU-Verbund – zuvorderst initiiert und vermittelt, aber auch abgestufte  
163 Zwangsmaßnahmen, Sanktionen und andere Einschränkungen einsetzt. Die deutsche  
164 Bundesregierung muss hier ihre Blockade – z.B. gegen das Maßnahmenpaket der  
165 Kommission – aufgeben und darf sich nicht weiter europäisch und weltweit  
166 isolieren.

167 Die Grünen setzen das Prinzip der Unteilbarkeit der Menschenrechte in den  
168 Mittelpunkt ihrer Nahostpolitik. Wir verlangen von allen Konfliktparteien,  
169 internationales Recht und insbesondere das humanitäre Völkerrecht einzuhalten.  
170 Jegliche Form von Annexion und Vertreibung ist völkerrechtswidrig und wir lehnen  
171 sie kategorisch ab. Terroranschläge wie jene vom 7. Oktober 2023 werden ohne  
172 jede Relativierung verurteilt. Kriegsverbrechen, sei es seitens der Hamas oder  
173 der israelischen Regierung, dürfen nicht toleriert werden. Ein Waffenstillstand,

174 das Ende des Krieges, die Freilassung der Geiseln und der Zugang für humanitäre  
175 Hilfe haben oberste Priorität.

176 Gerade weil wir Israels Recht auf Selbstverteidigung verteidigen, erwarten wir,  
177 dass israelische Militäroperationen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und  
178 Schonung von Zivilisten strikt beachten. Im Zuge der aktuellen Kriegsführung  
179 verstößt die israelische Regierung auf vielen Ebenen gegen diese Grundsätze des  
180 humanitären Völkerrechts und begeht Kriegsverbrechen, sowohl durch eine  
181 erkennbare Änderung der Einsatztaktiken, die Zielauswahl, Angriffe auf Schutz-  
182 und Hilfesuchende, Journalisten und humanitäre Helfer, wiederholte Vertreibungen  
183 und die systematische Zerstörung von ziviler Infrastruktur und Blockade  
184 humanitärer Hilfe und damit dem Einsatz von Hunger als Waffe.

185 Wir begrüßen und unterstützen alle internationalen Initiativen, Vorfälle von  
186 Völkerrechtsbruch (z.B. Angriffe auf Zivilisten, Geiselnahmen, Einsatz von  
187 verbotenen Waffen und fehlende oder eingeschränkte Versorgung besetzter Gebiete  
188 mit humanitärer Hilfe) unabhängig untersuchen zu lassen. Deutsche Nahostpolitik  
189 soll aktiv dafür werben, dass Verstöße transparent aufgeklärt und geahndet  
190 werden – etwa durch Zusammenarbeit mit UN-Untersuchungskommissionen oder dem  
191 Internationalen Strafgerichtshof.

192 Wir fordern auch deswegen eine verstärkte Unterstützung für den Internationalen  
193 Strafgerichtshof (IStGH), um ihn wirksam vor Sanktionen Dritter zu schützen und  
194 die Einhaltung des Römischen Statuts zu stärken, auch im Hinblick auf die  
195 Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu und  
196 den ehemaligen israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant. Niemand steht  
197 über dem Gesetz. Gerade jetzt braucht es ein klares Bekenntnis Deutschlands zu  
198 den unabhängigen internationalen Rechtsinstitutionen. Denn das Recht und seine  
199 Institutionen sind so stark wie diejenigen, die für es eintreten.

200 Deutschland soll sich aktiv und rechtsstaatlich an Verfahren internationaler  
201 Institutionen beteiligen – etwa durch Rechtshilfe, fundierte Stellungnahmen und  
202 Vollstreckungshilfe – ohne die Unabhängigkeit von Staatsanwaltschaften und  
203 Gerichten zu berühren. Straftaten, die Frieden und Sicherheit untergraben  
204 (insbesondere Kriegsverbrechen, Terrorismus und Aufstachelung zum Völkermord),  
205 soll Deutschland begegnen, wo rechtlich möglich, mit gerichtlichen Mitteln und  
206 ergänzend mit gezielten EU-Sanktionen wie Einreiseverboten und dem Einfrieren  
207 von Vermögenswerten.

208 Wir fordern gegenüber der israelischen Regierung die Einhaltung des humanitären  
209 Völkerrechts, Waffenruhen, Waffenstillstand, Schutz und das Zulassen der  
210 Versorgung der Zivilbevölkerung, wie es auch im Rahmen der G7-Prinzipien (keine  
211 Vertreibung der Bevölkerung, keine dauerhafte Besatzung Gazas, keine  
212 Gebietsannexion, keine Entscheidungen über Gazas Status ohne palästinensische  
213 Beteiligung) vereinbart wurde.

214 Wir fordern Druck auf die Unterstützerstaaten der Hamas wie den Iran, damit sie  
215 ihre Herrschaft niederlegt und dauerhafte Friedensverhandlungen beginnen können.  
216 Das setzt die sofortige bedingungslose Freilassung aller Geiseln voraus.

217 Wirkung des Nahostkonflikts auf die Innenpolitik

218 In Deutschland wie in Europa insgesamt verpflichtet uns unsere Geschichte und  
219 unser Werteverständnis, jeglicher Form von Diskriminierung, Judenfeindlichkeit  
220 und anti-muslimischem Rassismus entschlossen entgegenzutreten. Der anhaltende

221 Krieg in Nahost wirkt sich erheblich auf das gesellschaftliche Zusammenleben in  
222 Deutschland aus. Jüdische, muslimische, israelische und palästinensische  
223 Communities sind Teil unserer vielfältigen Gesellschaft. Für ihren Schutz und  
224 ihre Entfaltung setzen wir uns ein.

225 Angesichts des starken Aufflommens von antisemitischer und antiisraelischer  
226 Polemik und Angriffen gegenüber jüdischen Bürger\*innen und jüdischen  
227 Einrichtungen wie auch angesichts des Aufkommens islamfeindlicher Parolen und  
228 Agitationen gegenüber muslimischen Bürger\*innen, ganz besonders der vielfältigen  
229 palästinensischen Community in Deutschland, und muslimischen Einrichtungen  
230 stellen wir fest: Wir dulden weder antisemitische Hetze,  
231 Holocaustrelativierungen oder Angriffe auf jüdische Bürger\*innen und  
232 Einrichtungen noch das Aufblühen von antimuslimischen Rassismus und damit  
233 einhergehenden Ausgrenzungen, Hetze und Angriffe gegen Menschen arabischer und  
234 palästinensischer Herkunft.

235 Wir stellen uns gegen jede Form der Instrumentalisierung des Kriegs in Nahost  
236 für antisemitische oder anti-muslimische Hetze. Menschen dürfen nicht als  
237 unfreiwillige Repräsentanten einer Konfliktpartei in Haftung genommen werden  
238 oder unter Generalverdacht gestellt werden.

239 Die Meinungs-, Wissenschafts- und Kunstfreiheit müssen auch in aufgeheizten  
240 Zeiten gewährleistet bleiben. Gerade dazu müssen sichere Diskursräume geschaffen  
241 werden, in denen alle Menschen, besonders Menschen mit Verbindungen in die  
242 Nahostregion, ohne Angst vor Diskriminierung oder Gewalt teilhaben können.

243 Wir setzen uns für eine offenere und differenziertere öffentliche Debatte ein,  
244 die verschiedene Perspektiven zulässt, ohne Extremismus zu fördern. Wir  
245 differenzieren klar zwischen strafrechtlich relevanten Aussagen und jenen, die  
246 uns nicht gefallen mögen, aber im Zuge der Meinungsfreiheit zulässig und zu  
247 diskutieren sind. Die Kriminalisierung friedlicher politischer  
248 Meinungsäußerungen lehnen wir ab, ebenso wie die Verherrlichung von Gewalt und  
249 Terror. Wir stellen fest, dass es im öffentlichen Raum vielfach zu einer  
250 Verengung des Diskurses und einem erschreckenden Fehlen von Empathie für die  
251 jeweils andere Seite kommt.

252 Wir unterstützen deswegen insbesondere Initiativen, die:

- 253 • Gegenseitiges Verständnis und Empathie fördern
- 254 • Dialogbereite Kräfte in allen Gruppen stärken und extremistische und  
255 spaltende Einflüsse zurückdrängen
- 256 • Desinformation und Manipulation, Eingriffe in den gesamtgesellschaftlichen  
257 Diskurs, durch externe Akteure entgegenwirken
- 258 • Diskursräume schaffen, fördern und offenhalten
- 259 • Bildungs- und Aufklärungsformate entwickeln, die gesamtgesellschaftliche  
260 Resilienz gegenüber orchestrierten Desinformationskampagnen stärken und  
261 Medienkompetenz fördern

262 Deutsche Innenpolitik und Integrationsarbeit müssen dafür sorgen, dass Konflikte  
263 in Nahost nicht zu unversöhnlichen Frontstellungen zwischen verschiedenen

264 Communities in Deutschland führen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle  
265 Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion sicher leben und ihre  
266 Meinung frei äußern können.

#### 267 Friedensprozesse

268 Die derzeit blockierten Friedensverhandlungen müssen wiederbelebt werden.  
269 Deutschland soll sich gemeinsam mit Partnern in der EU für eine internationale  
270 Nahost-Friedenskonferenz einsetzen, die den derzeit blockierten Friedensprozess  
271 wiederbelebt. Hierbei ist an ein Format unter Schirmherrschaft der UNO oder des  
272 Nahost-Quartetts (ggf. erweitert um regionale Akteure wie Ägypten, Jordanien,  
273 Golfstaaten) zu denken. Die Initiativen von Frankreich und Saudi-Arabien  
274 unterstützen wir. Ziel muss es sein, direkte Verhandlungen zwischen Israel und  
275 der palästinensischen Vertretung (unter Einbindung der palästinensischen  
276 Autonomiebehörde, der PLO und – falls möglich – moderater Kräfte aus Gaza)  
277 wieder in Gang zu bringen. Die Konferenz soll einen neuen Rahmen schaffen, der  
278 von beiden Seiten akzeptiert wird und realistische Zeitpläne für Schritt-für-  
279 Schritt-Lösungen vorgibt.

280 Bestehende Verhandlungen, der Arab Peace Plan und die aktivere Zusammenarbeit  
281 regionaler Partner\*innen wird ausdrücklich unterstützt.

282 Völkerrechtswidrige Vertreibungspläne, wie der „Riviera Plan“ von Trump und  
283 Netanjahu werden verurteilt.

284 Im Zentrum von Verhandlungen müssen stehen:

- 285 • die Festlegung einer Grenze zwischen Israel und Palästina auf Basis der  
286 Linien von 1967 mit gegenseitigen Gebietstauschen, um einen  
287 zusammenhängenden, lebensfähigen palästinensischen Staat zu ermöglichen,
- 288 • die Beendigung der Besatzung durch einen gestuften Rückzug und  
289 Sicherheitsarrangements, welche die palästinensische Souveränität  
290 respektieren und gleichzeitig Israels legitime Sicherheitsbedürfnisse  
291 erfüllen, sodass weder Terrorismus erneut auflebt noch neue Bedrohungen  
292 (z.B. aus Gaza oder von radikalen Gruppen) ungebannt bleiben,
- 293 • eine Lösung für Jerusalem nach dem Prinzip „zwei Staaten, eine Stadt“:  
294 Beide Seiten sollen ihre Hauptstadt in Jerusalem haben können (West-  
295 Jerusalem für Israel, Ost-Jerusalem für Palästina), bei garantierter  
296 Zugangsfreiheit zu den heiligen Stätten für alle und  
297 Verwaltungsvereinbarungen für die Altstadt; kurz: Jerusalem als gemeinsame  
298 Hauptstadt beider Staaten in beidseitigem Einvernehmen,
- 299 • eine gerechte und verhandelte Lösung der Flüchtlingsfrage, die sowohl das  
300 Leid der palästinensischen Flüchtlinge anerkennt als auch die  
301 Aufnahmekapazitäten und historischen Entwicklungen berücksichtigt (denkbar  
302 sind z.B. ein Rückkehrrecht in den künftigen Staat Palästina,  
303 Entschädigungen, begrenzter Familiennachzug nach Israel auf humanitärer

304 Basis und ein international finanziertes Entschädigungs- und Resettlement-  
305 Programm),

- 306 • die gegenseitige Anerkennung der Staatlichkeit Israels und Palästinas als  
307 souveräne Nachbarn und die Verpflichtung ihre Konflikte künftig  
308 ausschließlich friedlich zu lösen.

309 Zusätzlich soll im EU-Verbund ein DDR-Prozess (Disarmament, Demobilization,  
310 Reintegration) angestoßen werden, welcher sich insbesondere an Kämpfer  
311 terroristischer Gruppierungen in Gaza und der West Bank sowie radikale und  
312 bewaffnete Siedler richtet. Hierbei beziehen wir uns auf die diesbezügliche EU-  
313 Strategie, welche diverse Instrumente zur Umsetzung bereithält.

314 Die Bundesdelegiertenkonferenz unterstreicht, dass Deutschland und Europa bereit  
315 sein sollten, für eine solche Initiative diplomatisches Kapital einzusetzen und  
316 auch Gegenwind in Kauf zu nehmen. Gerade gegenüber einer unkalkulierbaren US-  
317 Politik muss Europa eigenständiger handlungsfähig sein und seine Vorstellungen  
318 von einer gerechten Friedenslösung einbringen. Die Europäische Union soll ihre  
319 Rolle aus der Zuschauerposition lösen und zum aktiven Mitgestalter werden – auch  
320 durch geschlossenes Auftreten gegenüber den Konfliktparteien und die deswegen  
321 notwendige Aufgabe der deutschen Blockade. Ziel ist es, den derzeitigen  
322 Stillstand zu überwinden und den Teufelskreis von Gewalt ohne politische  
323 Perspektive zu durchbrechen.

324 Hierzu fordern wir ebenso in Verbund mit der EU einen Transitional Justice  
325 Prozess in Israel und Palästina anzustoßen. Dieser basiert auf den grundlegenden  
326 Prinzipien des Rechts auf Wahrheit, Rechts auf Gerechtigkeit, Rechts auf  
327 Wiedergutmachung und Garantien der Nicht-Wiederholung und sollten bereits im  
328 Rahmen des Friedensprozesses angewandt werden.

329 Ein wesentlicher Fortschritt für regionalen Frieden waren die Abraham Accords,  
330 die 2020 diplomatische Beziehungen zwischen Israel und mehreren arabischen  
331 Staaten begründeten. Wir begrüßen diese Accords als Meilenstein für  
332 wirtschaftliche Kooperation und Sicherheitsarchitektur in der Region und  
333 unterstützen zusätzlich die IMEC-Initiative, die multilaterale  
334 Entwicklungsprojekte in Infrastruktur, Bildung und Technologie anstrebt. Diesen  
335 Initiativen müssen weitere Folgen, die die Stärkung der Zivilgesellschaft, der  
336 zivilen Konfliktbearbeitung, den innergesellschaftlichen Dialog und zur  
337 Sicherung der Grundbedürfnisse im Mittelpunkt stellen. Dabei muss die  
338 gleichberechtigte Teilhabe aller Akteur\*innen, insbesondere der  
339 Palästinenser\*innen, an diesen Programmen gesichert sein, um nachhaltiges  
340 Vertrauen und Wohlstand zu fördern. Wir würdigen auch die Bemühungen Saudi-  
341 Arabiens zur Normalisierung seiner Beziehungen zu Israel. Grundsätzlich dürfen  
342 alle Prozesse und Friedenslösungen nicht über die Köpfe der Palästinenser\*innen  
343 erfolgen, sondern müssen ihre Rechte und Perspektiven integraler Bestandteil  
344 jeglicher Verhandlungslösung sein.

345 Israelische völkerrechtswidrige Angriffe auf katarisches Staatsgebiet  
346 verurteilen wir – auch, weil sie Prozesse, Verhandlungen und Normalisierung in  
347 der Region gefährden.

348 Der Konflikt zwischen Israel und Palästina darf nicht isoliert betrachtet  
349 werden: Ein Frieden dort würde auch die Zusammenarbeit Israels mit der  
350 arabischen Welt enorm erleichtern. Umgekehrt kann die Verbesserung arabisch-

351 israelischer Beziehungen genutzt werden, um Druck auf beide Seiten auszuüben, an  
352 einer Lösung mit den Palästinensern zu arbeiten – hier können neue Allianzen als  
353 Vermittler auftreten. Wir unterstützen deshalb multilaterale Ideen, z.B. eine  
354 Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten nach Vorbild der  
355 KSZE, an der alle relevanten Akteure – einschließlich Iran und Türkei – an einem  
356 Tisch sitzen. Auch Klima- und Umweltkooperation könnten Friedensdividenden  
357 bringen und sollten Teil einer präventiven Sicherheitspolitik sein.

358 Allgemein sollte sich das Engagement Deutschlands in der Region an folgenden  
359 Leitlinien orientieren:

- 360 • Pragmatische - aber wertebasierte - Zusammenarbeit mit nicht-  
361 demokratischen Akteur\*innen im Interesse des palästinensisch-israelischen  
362 Friedensprozesses und im Interesse der Stabilisierung der Region.
- 363 • Staatliche demokratische Strukturen und zivile demokratische Bewegungen  
364 stärken
- 365 • Partnerschaften mit Staaten und Regionen, die sich auf einem nachhaltigen  
366 Weg demokratischen und rechtsstaatlichen Fortschritts befinden, durch  
367 europäische Investitionen und wirtschaftliche Zusammenarbeit stärken
- 368 • Unterstützung der lokalen Gesellschaften bei der Umstellung von fossilen  
369 Ressourcen zu neuen Wirtschaftsmodellen
- 370 • Stärkung der lokalen Friedensarchitekturen durch die Stärkung des  
371 staatlichen Gewaltmonopols und die Entwaffnung oder Eingliederung der  
372 Milizen
- 373 • Fortgesetzte Unterstützung der Sicherheitskräfte in der Region im Kampf  
374 gegen terroristische Gruppen
- 375 • Ausübung diplomatischen Drucks, auch als Teil der EU und UN, auf Staaten  
376 die in der Region und über diese hinaus mit finanzieller Unterstützung und  
377 direkten Hilfeleistungen bewaffnete Konflikte fördern

378 Wesentlicher Treiber der Bedrohung und der Destabilisierung der gesamten Region  
379 ist das iranische Regime, dessen Bevölkerung zugleich Opfer massivster  
380 Menschenrechtsverletzungen wird. Dabei ist das Regime zugleich durch seine  
381 Unterstützung Russlands und dem gezeigten Willen zum Einsatz von ballistischen  
382 Langstreckenraketen eine signifikante Bedrohung unserer europäischen Sicherheit  
383 und des Verteidigungskampfes der Ukrainer\*innen. Das iranische Regime ist daher  
384 als einer der Gründe der strategischen Kooperation zwischen Deutschland und  
385 Europa sowie Israel zu begreifen. Wir unterstützen daher Maßnahmen, die das  
386 weitere Streben des iranischen Regimes nach einer nuklearen Bewaffnung auf  
387 diplomatischem Wege verhindern, so auch rechtlich festgelegte Wege wie die  
388 Aktivierung des Snap-Back Mechanismus. Gleichzeitig unterstützen wir weiterhin  
389 die rechtssichere Terrorlistung der Revolutionsgarden auf EU-Ebene und alle  
390 Sanktionsmaßnahmen, die den iranischen Machtapparat treffen. Des Weiteren  
391 unterstützen wir weitere Missionen zur Bekämpfung des Waffenschmuggels durch den  
392 Iran an verschiedene Gruppen und Terrororganisationen.

393 Dies gilt auch für die Bedrohungen durch die durch das iranische Regime  
394 unterstützte Huthi-Miliz.

395 Der Jemen erlebt eine der schwersten humanitären Krisen weltweit; Millionen  
396 Menschen sind auf Hilfe angewiesen, leiden an Hunger und wurden vertrieben.  
397 Angriffe der Huthi-Miliz auf Handelsschiffe im Roten Meer unterbrechen nicht nur  
398 Versorgungskorridore, sondern gefährden auch die Stabilität Ägyptens, dessen  
399 Staatshaushalt durch Einbußen am Suezkanal stark belastet wird. Wir fordern den  
400 sofortigen Stopp des Beschusses von Schiffen und israelischem Kernland, die  
401 europäische Listung der Huthi-Miliz als Terrororganisation sowie die Ausweitung  
402 europäischer Initiativen zur Linderung der humanitären Katastrophe und zur  
403 Sicherung der Seerouten durch das Rote Meer.

404 Wir begrüßen den Machtwechsel in Syrien und hoffen auf weitere diplomatische  
405 Annäherungen zwischen Israel und der neuen Führung in Damaskus und unterstützen  
406 sie weiter im Rahmen der EU und UN in einem friedlichen und demokratischen  
407 Transformationsprozess.

408 Angesichts örtlicher Gewalt mahnen wir erneut an, dass alle Syrer\*innen –  
409 inklusive Kurd\*innen, Jesid\*innen, Drus\*innen, Alawit\*innen und Christ\*innen –  
410 am politischen Prozess beteiligt und ihre Rechte und Schutz gewahrt werden. Um  
411 dies zu ermöglichen, erwarten wir von der Türkei, und dem iranischen Regime die  
412 syrische Integrität zu achten und Waffen- und Finanzmittellieferungen aus dem  
413 Iran an die Hisbollah zu unterlassen. Zugleich fordern wir den Rückzug aller  
414 israelischen Truppen westlich der „Alpha-Linie“ des UNDOF-Mandatsgebietes und  
415 von der Führung in Damaskus die wirksame Übernahme und Wahrnehmung der  
416 Sicherheitsverantwortung und Achtung der vereinbarten Selbstverwaltungsrechte  
417 der Kurd\*innen in Nord- und Ostsyrien.

418 Mit Blick auf den schwindenden Einfluss der UN und seiner Organisationen im  
419 Nahen Osten bedauern wir das bevorstehende Ende der UNIFIL-Mission zum 31.  
420 Dezember 2026 und fordern den Libanon beim Aufbau und der Stärkung seiner  
421 Streitkräfte weiter und intensiv zu unterstützen, um auch den zu begrüßenden  
422 libanesischen Initiativen zur wirksamen und dauerhaften Entwaffnung der  
423 Hisbollah und weiterer Terrororganisationen wie der Hamas zum Erfolg zu  
424 verhelfen. Wir verurteilen jegliche Bedrohung israelischen Staatsgebietes,  
425 fordern Israel jedoch zugleich auf, sich bei fortschreitendem Erfolg der  
426 libanesischen Armee aus dem libanesischen Staatsgebiet vollständig  
427 zurückzuziehen und die Entwaffnung der Terrororganisationen kooperativ zu  
428 fördern. Wir ermutigen beide Staaten analog zu den Verhandlungen der Seegrenze  
429 und der Gasförderung offene Grenzverlaufsstreitigkeiten beizulegen und fordern  
430 die Bundesregierung auf, dies aktiv zu begleiten.

#### 431 Siedlungsbau

432 Die Grünen fordern, bilateral und in der EU, mit allem Nachdruck auf einen  
433 sofortigen Stopp der Landnahmen und völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik, wie  
434 im IGH-Gutachten vom 19. Juli 2024 festgestellt, in besetzten Gebieten  
435 hinzuwirken. Die fortgesetzte Ausweitung israelischer Siedlungen im  
436 Westjordanland, insbesondere die zunehmende Zerstückelung des besetzten  
437 palästinensischen Gebietes – zuletzt in historisch beispiellosem Ausmaß,  
438 zerstört die geografische Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung und verletzt  
439 geltendes Völkerrecht.

440 Wir begrüßen, die deutliche Kritik europäischer Partner und bisheriger  
441 Bundesregierungen an der israelischen Siedlungspolitik. Dies muss jedoch mit  
442 Konsequenzen unterlegt werden: Deutsche Außenpolitik muss negative Anreize  
443 setzen, um die Kosten der fortgesetzten Besatzung zu erhöhen, wie in Teilen  
444 bereits durch die EU erfolgt (z.B. Ausschluss von Siedlungen von bilateraler  
445 Zusammenarbeit, Differenzierung bei EU-Förderprogrammen, Ausweitung der  
446 Sanktionierung individueller extremistischer Siedler oder Siedlerorganisationen,  
447 Aussetzung des Handels im Einklang mit internationaler Rechtsprechung, EU-  
448 Importverbot für Produkte aus israelischen Siedlungen).

449 Das EU-Assoziationsabkommen stellt bereits einen starken positiven Anreiz zur  
450 Einhaltung des Völkerrechts dar, der in der Vergangenheit nicht zu einer  
451 Unterlassung der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik geführt. Wir unterstützen  
452 daher die Resolution des Europäischen Parlaments vom 11. September 2025 in der  
453 teilweisen Beschränkung des Abkommens, sofern es nicht die Zusammenarbeit mit  
454 der israelischen Zivilgesellschaft und Forschung betrifft.

455 Wichtig ist eine klare Botschaft: Deutschland erkennt keine einseitigen  
456 Grenzverschiebungen an. Alle endgültigen Statusfragen – Grenzen, Jerusalem, etc.  
457 – können nur durch Verhandlungen gelöst werden, nicht durch faktische Schaffung  
458 vollendeter Tatsachen auf dem Boden, welche Gefahr laufen eine Zweistaatenlösung  
459 zu verunmöglichen. Entsprechend sollen deutsche Stellen auch fortfahren,  
460 völkerrechtswidrige Maßnahmen (wie z.B. die völkerrechtlich nicht anerkannte  
461 Annexion Ost-Jerusalems und der Golanhöhen, oder eine mögliche Einverleibung  
462 weiterer Teile der Westbank) diplomatisch nicht anzuerkennen und in  
463 internationalen Gremien zu thematisieren.

#### 464 Staat Palästina

465 Bündnis 90/Die Grünen stehen weiterhin zu ihrem Ziel, einen souveränen Staat  
466 Palästina diplomatisch anzuerkennen im Sinne des palästinensischen  
467 Selbstbestimmungsrechts. Die Bundesdelegiertenkonferenz spricht sich dafür aus,  
468 diese Anerkennung aktiv vorzubereiten, nicht erst als Teil eines politischen  
469 Prozesses, sondern als jetzt notwendiges Signal. In der Europäischen Union soll  
470 für eine koordinierte Anerkennung Palästinas geworben werden.

471 Wir unterstützen den UN-Beschluss vom 29. Juli 2025 unter dem Titel „New York  
472 Declaration on the Peaceful Settlement of the Question of Palestine and the  
473 Implementation of the Two-State Solution“, sowie die UN-Resolution vom 12.  
474 September 2025 mit dem Titel „General Assembly Endorses New York Declaration,  
475 Charting Path to Peace“ als richtungsweisend für die internationale  
476 Unterstützung einer Zwei-Staaten-Lösung.

477 Das Eintreten für einen palästinensischen Staat bedeutet keinen Widerspruch zur  
478 Solidarität mit Israel, sondern ist deren notwendige Ergänzung: Nur wenn die  
479 Palästinenser\*innen politische Selbstbestimmung erlangen, kann auch Israel auf  
480 Dauer gesichert sein, was es sein will – ein demokratischer jüdischer Staat. Die  
481 Möglichkeit zur Mitbestimmung in einem souveränen palästinensischen Staat  
482 schafft eine glaubwürdige Alternative zu Militanz, fortgesetzter Besatzung und  
483 asymmetrischer Kriegsführung.

484 Unabhängig vom Zeitpunkt einer formalen Anerkennung sollte Deutschland weiterhin  
485 palästinensische Staatlichkeitsbestrebungen praktisch fördern – z.B. durch  
486 Unterstützung beim Aufbau von Institutionen, Ausbilden von Verwaltung und

487 Rechtsstaat, Förderung demokratischer Prozesse und auch entsprechendem  
488 Reformdruck auf die palästinensische Autonomiebehörde, sowie die ökonomische  
489 Perspektive.

490 Weiterhin sollte sich Deutschland an praktisch ausführbaren internationalen  
491 Bestrebungen beteiligen, die Frieden und palästinensische Staatlichkeit mit  
492 einem nachhaltigen Umsetzungsplan in Aussicht stellen. Anträge in der UN-  
493 Generalversammlung zur Zweistaaten-Lösung sollen unterstützt werden.

494 Die Unterminierung der palästinensischen Staatlichkeit durch Annexion, aber auch  
495 durch Machtgewinne extremistischer Gruppen in den palästinensischen Gebieten  
496 muss verhindert und sanktioniert werden.

497 Palästinensische Akteure

498 Die Grünen erkennen die Vielfalt der palästinensischen Gesellschaft und Diaspora  
499 an und schätzen insbesondere auch das Engagement der progressiven, jungen,  
500 feministischen Gruppen und Bewegungen, die sich für einen intersektionalen,  
501 gerechten Frieden mit Israel einsetzen.

502 Wir stärken die bi- und multilaterale Zusammenarbeit mit der Palästinensischen  
503 Autonomiebehörde als Vertretung des palästinensischen Volkes und ihre Rolle in  
504 der internationalen Gemeinschaft. Den notwendigen demokratischen Reformprozess  
505 der Palästinensischen Autonomiebehörde unterstützen wir und fordern wir ein.

506 Wir unterstützen die Forderung aus der Resolution der UN-Generalversammlung vom  
507 12.09.2025, dass alle bewaffneten Gruppierungen ihre Waffen abgeben und bekennen  
508 uns zur Nichteinbindung terroristischer Akteur\*innen. Allerdings erkennen wir  
509 an, dass humanitäre Kontakte und indirekte Verhandlungen (wie über Vermittler  
510 zwecks Waffenruhe oder Gefangenenaustausch) notwendig sind, um Menschenleben zu  
511 retten. Diese sollen auch weiterhin geführt werden. Gleichzeitig nehmen wir die  
512 Gefahr der ungerechtfertigten Diffamierung und Delegitimierung  
513 zivilgesellschaftlicher palästinensischer und palästina-solidarischer  
514 Akteur\*innen unter dem Deckmantel der Terrorismusunterstützung wahr und treten  
515 für deren Schutz ein.

516 Langfristig setzen wir Grünen darauf, dass nur die palästinensischen Kräfte  
517 internationale Anerkennung genießen sollen, die bereit sind, in einen  
518 demokratischen, politischen Prozess einzutreten. Zugleich rufen wir die  
519 israelische Regierung und die internationale Gemeinschaft dazu auf, die  
520 Palästinensische Autonomiebehörde nicht zu schwächen. Das betrifft sowohl  
521 notwendige Finanzmittel als auch den abzuwehrenden Eingriff durch Behinderung  
522 palästinensischer Politiker\*innen oder die bewusste Stärkung radikaler  
523 palästinensischer Kräfte.

524 Eine Politik der Differenzierung ist wichtig: Kooperation mit Friedensbereiten  
525 Schutz und Stärkung von Journalist\*innen und medizinischem Personal bei  
526 gleichzeitiger Verurteilung von Instrumentalisierung dieses Schutzstatus durch  
527 terroristische Akteur\*innen. Wir begrüßen ausdrücklich auch Initiativen in  
528 Israel, Palästina und der weiteren Region, die den Dialog suchen und regen an,  
529 dass die deutsche und europäische Diplomatie solche Begegnungen aktiv fördert.

530 Rüstungsexporte

531 Die Bundesdelegiertenkonferenz bekräftigt die Linie, dass Rüstungsexporte  
532 restriktiv, gemäß den Grund- und Menschenrechten, sowie dem allgemeinen  
533 Völkerrecht, abgeschlossener völkerrechtlicher Verträge und  
534 Nichtverbreitungsvereinbarungen gehandhabt werden müssen.

535 Konkret bedeutet dies: Keine deutschen Waffen in Krisenregionen oder an  
536 kriegführende Parteien, wenn die Gefahr missbräuchlicher und  
537 völkerrechtswidriger Verwendung besteht. Das ist nicht nur politische Pflicht,  
538 entspricht den politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von  
539 Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sowie dem Gemeinsamen Standpunkt der  
540 GASP, sondern folgt auch aus völkerrechtlichen Verpflichtungen – etwa dem  
541 humanitären Völkerrecht und dem Arms-Trade-Treaty – sowie aus nationalem Recht,  
542 insbesondere Artikel 26 Absatz 2 Grundgesetz, dem Kriegswaffenkontrollgesetz und  
543 dem Außenwirtschaftsgesetz.

544 Bezogen auf Israel erkennen wir zwar dessen besondere Sicherheitslage an.  
545 Waffenlieferungen an Israel dienen dem legitimen Recht auf Selbstverteidigung  
546 und der Existenzsicherung und sind daher im ersten Bewertungsschritt  
547 gerechtfertigt. Jedoch gilt auch hier: Waffen, die im Rahmen der unzähligen  
548 Verletzungen humanitären Völkerrechts in Gaza eingesetzt werden können, dürfen  
549 nicht geliefert werden. Bei andauernden schwerwiegenden Verletzungen müssen auch  
550 bestehende Ausfuhrgenehmigungen widerrufen oder ausgesetzt werden. Eine  
551 Unterscheidung zwischen defensiven und anderen Waffen kennt das Recht hier  
552 nicht. Auch ist es rechtlich irrelevant, dass solche Waffen möglicherweise  
553 gleichzeitig zur legitimen Landesverteidigung eingesetzt werden.

554 Wenn das eindeutige Risiko des Einsatzes gelieferter Waffen unter Verstoß gegen  
555 humanitäres Völkerrecht besteht, reicht eine Selbstverpflichtung Israels nicht  
556 aus – die Prüfpflicht Deutschlands geht weit darüber hinaus. Israelische  
557 Selbstverpflichtungen haben sich nicht als ausreichender Absicherung gegen  
558 Völkerrechtsverletzungen erwiesen.

559 Deutschland muss für zukünftige Ausfuhrgenehmigungen nach Israel, anknüpfend an  
560 den bestehenden rechtlichen Rahmen, bindende rechtliche Einschränkungen  
561 erarbeiten (bspw. kein Einsatz in besetzten Gebieten) und bei Verletzungen  
562 Konsequenzen folgen lassen. Zusätzlich müssen mindestens die  
563 Entscheidungskriterien für Rüstungsexportgenehmigungen transparenter werden.

564 Wiederaufbau und Humanitäre Hilfe

565 Deutschland muss seiner humanitären Verantwortung in der Nahost-Region gerecht  
566 werden. Die oberste Priorität hat der schnelle, ungehinderte Zugang zu  
567 humanitärer Hilfe: Nahrung, Medizin, Wasser, Energie. Wir setzen uns dafür ein,  
568 die Blockade lebensnotwendiger Güter zu beenden. Der Stopp eingespielter und  
569 effektiver UN-Verteilungsstrukturen ist ein schwerer Verstoß gegen das  
570 Völkerrecht und muss unterbunden werden. Die Sicherheit und Arbeitsfähigkeit  
571 humanitärer Akteure müssen sichergestellt werden. Humanitäres ist neutral und  
572 ein Gebot der Menschlichkeit. Zusätzlich besteht für eine Besatzungsmacht eine  
573 besondere Pflicht aus dem humanitären Völkerrecht zu Versorgung der Bevölkerung  
574 in besetzten Gebieten. Der Ersatz der UN-Strukturen durch den Gaza Humanitarian  
575 Foundation erfüllt diese Bedingungen und Pflichten erkennbar nicht. Durch die  
576 radikale Reduzierung der Verteilstationen, die dauerhaft zu geringe Hilfe, die  
577 Militarisierung der Hungerhilfe und Angriffe auf Hilfesuchende ist der GHF  
578 vielmehr Teil einer Strategie den Hunger als Waffe einzusetzen.

579 Deutschlands Verantwortung schließt auch ein starkes Engagement zum Wiederaufbau  
580 ein. Ansätze der humanitären Hilfe sollten frühzeitig mit solchen Ansätzen  
581 kombiniert werden, die den nachhaltigen Staatsaufbau und die Stärkung lokaler  
582 Kapazitäten und der Zivilgesellschaft in den Blick nehmen. Dabei muss auf  
583 Erfahrungen der deutschen und internationalen Entwicklungszusammenarbeit in der  
584 Region aufgebaut und maßgeblich auf lokale Expertise gesetzt werden.

585 Wir unterstützen den Aufbau der Palestine Donor Group der EU, wie die  
586 Kommissionspräsidentin in der State of the Union 2025 angekündigt hat, oder  
587 anderweitiger internationaler Wiederaufbaufonds. Diese Gruppe sollte dann auch  
588 auf die Staaten in der Region zugehen, um entsprechende finanzielle Ressourcen  
589 zusammenzuführen. Ebenso unterstützen wir die Etablierung eines dezidierten  
590 Instruments für den Wiederaufbau für Gaza. Die Ausgestaltung des Wiederaufbaus  
591 muss im Sinne des Prinzips von local ownership gemeinsam mit den  
592 Palästinenser\*innen erfolgen. Das Instrument muss sicherstellen, dass Hilfe die  
593 Menschen erreicht und nicht korrupte oder extremistische Strukturen stärkt.

594 Als Teil eines langfristigen Versöhnungsprozesses fordern wir die israelische  
595 Regierung auf, sich am Wiederaufbau finanziell zu beteiligen, beispielsweise  
596 über eine international koordinierte Gebergruppe und regen zu einer  
597 wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe an.

598 Vorschläge wie eine zeitweilige internationale Verwaltung Gazas unter UN-Mandat  
599 oder die Ausweitung der Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde oder  
600 gemeinsam durch arabische Staaten in Gaza sollen ernsthaft geprüft und  
601 diplomatisch sondiert werden, da ein Wiederaufbau nur in einem stabilen  
602 administrativen Rahmen gelingen kann.

603 Langfristig soll Deutschland in Zusammenarbeit mit den relevanten staatlichen  
604 und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen Programme fördern, die wirtschaftliche  
605 Entwicklung und Klimaschutz in Palästina voranbringen (z.B. Solarenergie,  
606 Wasserentsalzung, Startup-Förderung), um Perspektiven für die Jugend zu  
607 schaffen. Auch gegenüber Israel gilt: Projekte, die beiden Seiten nutzen (etwa  
608 regionale Wasser-/Energie-Kooperationen), verdienen Unterstützung, da sie die  
609 Interdependenz und den Frieden von unten fördern.

#### 610 Feministische Außenpolitik & Zivilgesellschaft

611 Die feministische Außen- und Friedenspolitik orientiert sich am Leitgedanken der  
612 Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ des UN-Sicherheitsrates und  
613 zielt darauf ab, Machtasymmetrien abzubauen, die Perspektiven von Frauen,  
614 Jugendlichen, Minderheiten, Menschen mit Behinderung, LGBTIQ-Personen sowie  
615 weiteren vulnerablen Gruppen systematisch einzubeziehen, Zivilgesellschaft als  
616 gestaltende Akteurin internationaler Politik zu stärken und den Menschen in den  
617 Mittelpunkt zu stellen.

618 Deutschland soll in internationalen und regionalen diplomatischen Initiativen  
619 dafür eintreten, dass Frauen und feministische Stimmen in  
620 Verhandlungsdelegationen und Friedensprozessen angemessen vertreten sind. Wir  
621 unterstützen Organisationen und Programme, die Frauen und Jugendlichen Raum  
622 geben, aktiv an Versöhnung, Aufarbeitung und gesellschaftlicher Neugestaltung  
623 mitzuwirken. Dies umfasst insbesondere psychosoziale Betreuung und  
624 Teilhabeprogramme für traumatisierte Menschen in der Region – seien es  
625 Betroffene von Krieg und Vertreibung in Gaza, Familien israelischer Terroropfer

626 oder andere Gewaltopfer. Außerdem setzen wir uns für den Schutz von besonders  
627 verletzlichen Gruppen ein: etwa politische Gefangene, Minderheiten (z.B. LGBTIQ-  
628 Personen in der Region) und Menschenrechtsverteidigerinnen. Dabei darf  
629 feministische Politik nicht auf eine Opferperspektive verengt werden: Sie muss  
630 die Handlungsmacht und Führungsrolle von Frauen und Jugendlichen stärken.

631 Deutschland hat mit den 2023 vorgelegten Leitlinien zur feministischen  
632 Außenpolitik einen wichtigen Schritt getan, diesen Anspruch zu  
633 institutionalisieren: Gleichstellung und Teilhabe sollen in Diplomatie,  
634 Entwicklungszusammenarbeit und Krisenpolitik systematisch verankert werden. Eine  
635 glaubwürdige feministische Außenpolitik muss sich aber an der Praxis messen  
636 lassen. Gerade im Nahostkrieg zeigt sich, dass Prinzipien wie Schutz von  
637 Zivilist\*innen, menschliche Sicherheit und Teilhabe vulnerabler Gruppen  
638 konsequenter umgesetzt werden müssen.

639 Zivilgesellschaft ist für uns kein abstrakter Begriff, sondern bezieht sich auf  
640 progressive, menschenrechtsorientierte Akteurinnen, die für Demokratie,  
641 Gleichberechtigung, Gewaltfreiheit und soziale Teilhabe eintreten. Wir stellen  
642 uns klar gegen Versuche, zivilgesellschaftliche Organisationen zu schwächen oder  
643 zu kriminalisieren – sei es durch Repressionen, sogenannte „foreign agent laws“  
644 oder Defunding. Deutschland soll sich in internationalen Foren und in  
645 bilateralen Gesprächen für den Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen  
646 einsetzen und gegen den „shrinking space“ für zivilgesellschaftliches Engagement  
647 aktiv werden.

648 Eine feministische Außenpolitik misst Erfolg nicht allein an staatlicher  
649 Stabilität, sondern am Wohlergehen der Menschen. Sicherheit bedeutet Zugang zu  
650 Nahrung, Wasser, Gesundheitsversorgung, Schutz vor Gewalt, Rechtsstaatlichkeit  
651 und Teilhabe. In Gaza wie in Israel ist es daher zentral, dass humanitäre Hilfe  
652 und Wiederaufbau an den Bedürfnissen der Zivilbevölkerung ausgerichtet werden –  
653 insbesondere jener Gruppen, die in Konflikten am stärksten gefährdet sind. Dazu  
654 gehören Frauen, Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung und  
655 Minderheiten. Deutschland sollte daher humanitären Waffenstillständen Priorität  
656 einräumen, um den Schutz von Zivilist\*innen sicherzustellen.

657 Der israelisch-palästinensische Konflikt ist in erster Linie politisch, jedoch  
658 spielen religiöse Dimensionen und Interpretationen eine wichtige Rolle.  
659 Israelische Gesellschaft wie auch die palästinensische Gesellschaft sind  
660 religiös, ethnisch und kulturell vielfältig: Jüdinnen und Juden, Muslim\*innen,  
661 Christ\*innen, Drusen, Bahai und Menschen anderer Glaubensstraditionen prägen das  
662 Zusammenleben. Ebenso gehören Palästinenser\*innen unterschiedlichen religiösen  
663 Gemeinschaften an. Diese Vielfalt muss anerkannt und ernst genommen werden, um  
664 vereinfachenden Zuschreibungen entgegenzuwirken und differenzierte  
665 Lösungsansätze zu entwickeln.

666 Grüne Nahostpolitik bleibt menschenrechtsorientiert – auch dort, wo strategische  
667 Partnerschaften im Raum stehen. In Ländern wie Ägypten oder Saudi-Arabien  
668 sprechen wir die Inhaftierung von Oppositionellen, die Anwendung der Todesstrafe  
669 oder die Einschränkung von Frauen- und Minderheitenrechten klar an. Diesen Fokus  
670 verlieren wir auch nicht, während wir gleichzeitig die Vermittlerrollen dieser  
671 Länder anerkennen. Im Iran unterstützen wir explizit die mutige  
672 Zivilgesellschaft, die für Freiheit, Gleichberechtigung und ein Ende staatlicher

673 Gewalt eintritt. Unsere Solidarität gilt allen, die in der Region trotz  
674 Repression für ihre Rechte kämpfen.

675 Dies soll Teil einer gesamten Nahost-Strategie sein, die nicht nur Staaten,  
676 sondern auch Gesellschaften im Blick hat. Eine feministische Nahostpolitik  
677 bedeutet, Gesellschaften in ihrer ganzen Vielfalt in den Blick zu nehmen,  
678 progressive Akteur\*innen zu unterstützen und konsequent für Menschenrechte  
679 einzutreten. Sie verbindet Diplomatie, Schutz vulnerabler Gruppen und die  
680 Förderung von Aufarbeitung und Versöhnung. Wertebasierte Politik misst nicht mit  
681 zweierlei Maß – sie steht solidarisch an der Seite derer, die für Freiheit,  
682 Gleichberechtigung und Menschenwürde eintreten.

683 -----

684 Die Bundesdelegiertenkonferenz empfiehlt der Grünen-Fraktion im Bundestag und  
685 den zuständigen Gremien, die Umsetzung dieser Leitlinien regelmäßig zu  
686 überprüfen. Angesichts der dynamischen Lage soll z.B. jährlich ein Bericht  
687 erstellt werden, der auswertet, was die jeweilige Bundesregierung in Bezug auf  
688 Friedensinitiativen, Menschenrechtsanliegen und Krisenprävention im Nahen Osten  
689 erreicht hat, und wo ggf. nachjustiert werden muss. So bleibt die Grüne  
690 Nahostpolitik ein lernendes Konzept, das sich veränderten Umständen anpasst,  
691 ohne die grundsätzlichen Werte zu verraten.

## Begründung

Dieser Antrag zielt darauf ab, die Grüne Nahostpolitik strategisch neu auszurichten, jenseits kurzfristiger Tagespolitik. Angesichts der Zuspitzung des Nahostkonflikts 2024/25 benötigen Bündnis 90/Die Grünen eine klare, prinzipienfeste, aber auch vorausdenkende Linie, die Werte und Realismus vereint. Die oben formulierten Leitlinien sollen der Partei Orientierung geben und zugleich in die öffentliche Debatte ausstrahlen. Wir wollen zeigen, dass eine wertegeleitete Außenpolitik kein Luxus ist, sondern gerade in Krisenzeiten ein Kompass, um nicht in blinden Aktionismus oder einseitige Parteinahme zu verfallen. Deutschland kann und muss im Nahen Osten eine Rolle als Brückenbauer und Anwalt des Völkerrechts spielen. Dieses Profil wollen wir mit dem Antrag schärfen. Er soll dazu beitragen, innerhalb der Partei einen Konsens zu finden, der die legitimen Sicherheitsinteressen Israels und die berechtigten Freiheits- und Gerechtigkeitsinteressen der Palästinenser nicht gegeneinander ausspielt, sondern miteinander denkt. Nur so können die Grünen glaubwürdig bleiben und zugleich Teil der Lösung, statt Teil des Problems werden. Die vorgeschlagenen Leitlinien verbinden realpolitische Vernunft mit visionären Zielen: Sicherheit durch Kooperation, Frieden durch Gerechtigkeit. Sie geben der Partei Werkzeuge an die Hand, um sowohl gegenüber und in der Bundesregierung als auch auf europäischer Ebene Druck für Fortschritte zu machen und sich klar zu positionieren – für einen Nahen Osten, der eines Tages nicht mehr von Krieg und Besatzung, sondern von Koexistenz und Rechtsstaatlichkeit geprägt ist.

Zudem sendet ein solcher Beschluss ein Signal an die Öffentlichkeit und insbesondere an die jüngere Generation sowie Menschen mit familiären Wurzeln in der Region: Die Grünen hören zu, sie nehmen die Sorgen aller Betroffenen ernst und sie haben den Mut, aus alten Denkmustern auszubrechen, ohne ihre Prinzipien aufzugeben. Dies kann helfen, Vertrauen zurückzugewinnen, wo es verloren ging, und die Grünen wieder als konstruktive Kraft im Nahostdiskurs zu verankern – in Deutschland wie international. Letztlich streben wir eine Nahostpolitik an, die wertorientiert und wirksam zugleich ist. Dieser Antrag ist ein Schritt auf diesem Weg.